

Antrag C

Eingang: 7.8.20, 11.55 Uhr

Empfehlung Antragskommission:

| | | | | |
|-------------|-----|-------|----|--|
| Abstimmung: | JA: | NEIN: | E: | |
|-------------|-----|-------|----|--|

1 **Antrag an die 2. Tagung des 7. Landesparteitages am 19.9.2020**

2 Einreicher*innen: Kathrin Nartschinski, Franziska Lucke, Paul Weiß, Lars Wilnis, Philipp
3 Pommer, Christiane Schütze, Anja Müller, Uwe Schenke, Selena Danz, Sven Schlossarek,
4 Lukas Leyh, Franziska Klotz, René Kotzaneck

5

6 **Sex ist keine Dienstleistung! Für eine neue Prostitutionspolitik.**
7 **Nordisches Modell jetzt!**

8

9 In Karola Stanges jüngster Pressemitteilung heißt es abschließend: „Wir müssen in
10 Thüringen über die Öffnung der Bordelle unter einem Hygienekonzept ernsthaft
11 nachdenken und für die Berufsgruppe eine Perspektive schaffen.“

12 Eine bessere Perspektive stellen in erster Linie Beratungs – und Ausstiegsprogramme für
13 Prostituierte dar. Freier, Zuhälter sowie Menschenhändler müssen endlich bestraft werden!

14

15 **Die 2. Tagung des 7. Landesparteitages beschließt deshalb:**

16 **Der Landesverband organisiert in seinen Orts- und Kreisverbänden**
17 **Informationsveranstaltungen, mit dem Ziel eine klare Position auszuarbeiten und die**
18 **Genoss*innen mehr für feministische Themen zu sensibilisieren.**

19

20 Wir empfehlen dazu folgenden Aufruf:

21 Aufruf "Für eine neue Prostitutionspolitik der LINKEN" (2020)

22 Dieser Aufruf wurde vom Netzwerk LINKE für eine Welt ohne Prostitution im April 2020
23 beschlossen und im Juni als Unterschriftensammlung gestartet. Bitte unterschreibe auch
24 du!

25 Deutschland ist zum Bordell Europas geworden. Während Nachbarländer daran arbeiten,
26 Prostitution und Menschenhandel einzudämmen, sind bei uns die Möglichkeiten für die
27 Profiteure grenzenlos. Den Löwenanteil der Erträge streichen Bordellbetreiber, Zuhälter
28 und Menschenhändler ein

29 Die Hoffnungen auf eine „saubere“ Prostitution mit sozialversicherungspflichtigen
30 Arbeitsplätzen und gewerkschaftlich organisierten Prostituierten, mit denen die neoliberale
31 Prostitutionsreform 2002 verkauft wurde, sind endgültig verfliegen. Die Prostitution ist und
32 bleibt eine Institution brutaler Ausbeutung.

33 Patriarchale Herrschaft beinhaltet von alters her die Verfügung von Männern über die
34 Körper der Frauen. Die Prostitution ist eine Art letzte Bastion. Nur im Bordell können
35 Männer noch ungestraft ein einseitiges „Recht auf Sex“ einfordern und willkürlich über
36 Frauenkörper verfügen. Die Institution der Prostitution ist mit der Menschenwürde (GG Art.
37 1) unvereinbar.

38 Wir, Mitglieder, FunktionsträgerInnen und Gliederungen der LINKEN, betrachten
39 Prostitution als Ausdruck patriarchalischer Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die wir
40 überwinden wollen. Wir wollen in einer Welt ohne Prostitution leben!

41 In der Präambel zum Programm der LINKEN heißt es: „Wir halten an dem
42 Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. (...) Wir kämpfen für eine
43 Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen
44 selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen
45 Verhältnisse demokratisch gestalten können.“ In einem so verstandenen demokratischen
46 Sozialismus kann es keine Prostitution geben.

47 DIE LINKE braucht eine Prostitutionspolitik, die ihrem Streben nach Gleichberechtigung der
48 Frauen, sexueller Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit angemessen ist. Wir fordern
49 deshalb, dass DIE LINKE sich unmissverständlich die Überwindung der Prostitution zum Ziel
50 macht!

51 Es gilt, die Prostituierten zu schützen und individuell zu unterstützen, andererseits den
52 Prostitutionsmarkt einzuschränken und die Profitmöglichkeiten zu reduzieren. Wichtig ist,
53 den akzeptierenden Ansatz gegenüber den betroffenen Menschen mit einer kritischen
54 Haltung zur Prostitution an sich zu verbinden.

55

56 **Forderungen der LINKEN an den Gesetzgeber müssen werden:**

57 - **Keine Kriminalisierung und Ausbeutung von Prostituierten:** Keine Bußgelder, keine
58 Zwangsmaßnahmen gegen Prostituierte. Kommunale Sexsteuern gehören abgeschafft.

59 - **Verbot von Bordellen und Zuhälterei:** Jeglicher Profit durch die Prostitution anderer ist zu
60 kriminalisieren. Menschenhandel ist konsequent zu ahnden.

61 - **Sexkaufverbot nach schwedischem Beispiel:** Freier üben sexualisierte Gewalt aus.
62 Dagegen sind Bußgelder und im Wiederholungsfall Gefängnisstrafen einzuführen.

63

64 - **Bessere Hilfs- und Ausstiegsangebote:**

- 65 • Kostenlose, freiwillige Gesundheits- und Rechtsberatungen durch die
- 66 Gesundheitsämter und auf Wunsch kostenlose ärztliche Untersuchungen,
- 67 auch ohne Pass oder Krankenversicherung
- 68 • Bezahlbare Krankenversicherungstarife (ohne Aufschlag für die Tätigkeit in
- 69 der Prostitution)
- 70 • Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt
- 71 (Weiterbildungen/Nachholen eines
- 72 Schulabschlusses/Ausbildungsabschlusses oder andere individuell
- 73 zugeschnittene Angebote)
- 74 • Vorhalten von Schutzwohnungen und wenn nötig Öffnung der Frauenhäuser
- 75 für den betroffenen Personenkreis
- 76 • Sicherstellung des Zugangs zu traumapsychologischen Angeboten und zu
- 77 Sprachkursen
- 78 • Langfristige Bleibeperspektive für alle Betroffenen unabhängig von
- 79 Aussagebereitschaft in Gerichtsverfahren; keine Abschiebungen

80 - **Schulung öffentlich Beschäftigter:** Alle, die mit Prostitution zu tun haben (z.B. Polizei,

81 Gesundheitsamt, Finanzamt) brauchen Fortbildungen über die Lebensbedingungen der

82 Menschen in der Prostitution, über Menschenhandel und Trauma. Kommunen brauchen

83 geschulte SprachmittlerInnen. MitarbeiterInnen, die mit Betroffenen in Kontakt kommen,

84 sollten über soziale Kompetenzen verfügen, um Schikanen gegen Prostituierte

85 auszuschließen.

86 - **Öffentliche Informationskampagnen und Aufklärung in Schulen:** Es muss über Ursachen

87 und Folgen der Prostitution aufgeklärt werden, um die Nachfrage nach Prostitution

88 einzudämmen.

89 Wir fordern von den Parteigliederungen und MandatsträgerInnen in

90 Kommunalparlamenten, Land- und Bundestagsfraktionen die fraktionsübergreifende

91 Empfehlung des Europäischen Parlamentes und die Empfehlung des Europarates zugunsten

92 des so genannten Nordischen Modells endlich ernst zu nehmen und in die Programmatik zu

93 übernehmen.

94 Wir bitten alle LINKEN, die diese Auffassung teilen, den Aufruf zu unterzeichnen und in

95 ihren Orts- und Kreisverbänden Informationsveranstaltungen zu organisieren, mit dem Ziel

96 eine Unterstützung dieses Aufrufs zu beantragen.

97 *(Beschlossen auf dem digitalen Netzwerktreffen des Netzwerkes LINKE für eine Welt ohne*

98 *Prostitution am 25. April 2020)* für alle Menschen kosten- und möglichst barrierefrei erreicht

99 wird.